

Jour fixe 14.05.18

Europa und sein Hinterhof auf dem Balkan

Eine Bilanz des großen europäischen Friedenswerks (Gegenstandspunkt 1/18)

Der Artikel geht bei der Besichtigung des aktuellen Zustands des Westbalkan in die 90er Jahre zurück, um klarzustellen, dass darin auch der heutige Zustand des Westbalkan seinen Grund hat. Was ist das für eine Sorte Imperialismus, den Europa dort damals angezettelt hat?

— *Es hat dort in den 90ern begonnen, sich eine Einflussosphäre zu schaffen, indem es den Vielvölkerstaat Jugoslawien, der als Völkergefängnis galt, zerschlagen hat bzw. Willi Brandt und Joschka Fischer als Anwälte der unterjochten Völker haben die politischen Führer Kroatiens etc. nicht nur politisch ermutigt, sondern auch mit Gewaltmitteln ausgestattet, damit sie den Sezessionskrieg führen können. Was dann weiterging mit dem Bombenkrieg der NATO und alles unter dem schönen Titel, wir Deutsche sind da besonders gefragt, weil wir so etwas wie Auschwitz verhindern müssen. Dafür haben sie die widerstrebenden Partner in der EU auf Linie gebracht, weil die Erweiterung der EU auf den Westbalkan sein musste.*

— *Der Zweck ist, sich ganz Europa unterzuordnen, zur Einflussosphäre zu machen, die man politisch kontrolliert und in der Zukunft abhängig angliedert, und dafür war das Mittel die kriegesische Einmischung, um einen Staat zu zerlegen, der zu groß und eigenmächtig war, als dass man sich seine Kontrolle erfolgreich versprechen hätte können.*

Dass in der EU Jugoslawien als riesiges Völkergefängnis betrachtet wurde, ist die Art und Weise, wie einem die Sache verdolmetscht wurde, dass man wegen des Interesses, sich Jugoslawien als Einflussosphäre zuzuordnen, den Gesamtstaat als eine unhandliche Größe beurteilt hat und deshalb der Angriff auf diesen Staat mit dem Ziel, ihm einzelne Teile seine Territoriums und seiner Bevölkerung abspenstig zu machen, stattgefunden hat.

— *Das Urteil über die unhandliche Größe charakterisiert einen Widerspruch: es wird ein Nationalismus befeuert und dieser Nationalismus soll sich zugleich einordnen in ein Regime der EU.*

— *Das unhandliche Jugoslawien hat sich auch dadurch ausgezeichnet, dass es nicht EU-kompatibel sein wollte, es hatte eine eigene Staatsräson und eigene Beziehungen z.B. zu Russland und hat zwar Handel mit Europa betrieben, wollte aber explizit nicht Bestandteil der EU sein. Das musste aufgebrochen werden.*

Die EU, so wie das von den Führungsmächten, insbesondere Deutschland, definiert ist, soll ein eigenständiges machtvoll imperialistisches Subjekt werden und belegt dafür sein Umfeld mit Beschlag. Dafür ist sie erstens kriegsbereit und tritt auch gleich als ein die Weltordnung gestaltendes Subjekt auf, indem es für sich ein neues maßgeschneidertes Völkerrecht in Anspruch nimmt. Im Text heißt es: „ein neu konstruiertes humanitäres Völkerrecht“ (S.109) – da spricht sich die EU (oder die EU in Gestalt der NATO oder beide) das Recht zu, aus eigener Hoheit zu definieren, was ab jetzt Völkerrecht ist.

— *Das Selbstbestimmungsrecht der Völker gab es vorher schon. Was heißt jetzt „humanitäres Völkerrecht“?*

Dass Schutz der Menschenrechte ein Titel ist, unter dem man das Recht hat, in fremde Staaten einzugreifen bis hin zum Kriegführen. Das ist eine Neuerung gegenüber dem Respekt vor der Souveränität und Unverletzlichkeit von Staaten.

— *Noch ein Schritt vor den Menschenrechten ist an dem Zitat Willy Brandts (S.109 o.) festzuhalten, dass Jugoslawien mit dem Sezessionismus, den es schon einige Zeit gab, als ein „innereuropäische(r) Krisenherd“ definiert wird, in den sich die UNO nicht einzumischen hat. Ein deutscher Politiker stellt hier also klar, die Sezessionsbestrebungen sind eine Frage der europäischen Souveränität und der Rechtstitel der Menschenrechte dient diesem Anspruch sehr gut, insofern er das Völkerrecht der Nichteinmischung relativiert, weil es unser Recht ist, nach dem Rechten zu sehen, wenn die Menschenrechte nicht respektiert werden.*

— *Menschenrecht bricht Völkerrecht ist neu eingeführt worden, um diesen ideologieträchtigen Einspruchstitel gegen den Zentralstaat Jugoslawien ins Feld führen zu können und eine Kriegsaffäre daraus zu machen.*

An dem Brandt-Zitat ist festzuhalten, was da im Ausgangspunkt von Deutschland aus *der Sache* nach für ein Anspruch drinsteckt, dass sich Europa und v.a. Deutschland für einen souveränen Staat unter dem Titel, der gehört zu Europa, zuständig erklären und beanspruchen, zu entscheiden, wie es in Zukunft weitergeht mit diesem Jugoslawien, und ihm eine europäische Perspektive verschaffen wollen. Getrennt davon ist zu würdigen, wie sie das ins Werk gesetzt haben: sie haben die verschiedenen Volksgruppen angefeuert und praktisch unterstützt, sie zur Sezession bewegt und die diesbezüglichen Bemühungen ins Recht gesetzt. Sie haben zuerst die Ablösung Sloweniens anerkannt und als nächstes Kroatien befördert und sie haben das eigene militärische Eingreifen in die auf die Weise angezettelten Bürgerkriege mit dem Argument gerechtfertigt, die NATO sei nicht nur ein Verteidigungsbündnis, sondern die NATO verteidige auch die Menschenrechte, die fortwährend in Jugoslawien verletzt werden würden. Da wird eine neue Rechtfertigungslage für den Einsatz der NATO beschworen.

Da ist der Titel, unter dem man das macht, das eine, aber die *imperialistische Sache* ist, dass man sich

praktisch zum Subjekt macht, das sich mit niemand abzusprechen braucht und keiner höheren Instanz untergeordnet ist.

— *Europa tritt (siehe das Zitat von Brandt) auf wie eine supranationale Souveränität, die die Konflikte zwischen den Völkern, die dann auch Staaten waren, von vorneherein nur als untergeordnete im Rahmen seiner europäischen Souveränität betrachtet und behandelt, für die nur die supranationale Instanz zuständig ist. Das ist die Sichtweise, die durchgesetzt werden musste, und das ist der Anspruch, zu dem die Rechtfertigungen mit Auschwitz etc. die passenden Mittel sind.*

Die Wucht des Auftretens der EU als imperialistisches Subjekt ist festzuhalten, denn es ist nicht so, dass es in Jugoslawien nur europäische Interessen gegeben hätte, die Zerschlagung Jugoslawiens ist auch ein Angriff auf russische Interessen und die Auskunft, Russland ist kein respektiertes Subjekt in dieser Angelegenheit. Das gehört zur Nichtzuständigkeitserklärung für den UN-Sicherheitsrat dazu, dass auch die maßgeblichen Weltmächte, die durchaus vor Ort Interessen haben, nicht als solche anerkannt sind. Der Maßstab ist jetzt, Jugoslawien muss in handliche Kleinstaaten zerlegt werden mit dem Resultat, dass dieser ganze Westbalkan unter europäischer Kontrolle steht. Gemessen daran ist das Resultat natürlich nicht zufriedenstellend.

Die Unterstützung der diversen Nationalismen unter dem Titel der Befreiung der Völker aus ihrem Gefängnis war das Gegenteil davon, dass irgendjemand befreit wurde, sondern es war von vorneherein klar, dass sich die Neugründungen, die unterstützt wurden, dem Anspruch ausgesetzt sahen, dass ihre Perspektive darin liegt, sich der EU anzugliedern und sie sich, um diese Perspektive überhaupt zu haben, dafür zurecht machen müssen. Das anspruchsvolle Programm gegenüber diesen neu gegründeten Staaten war, dass sie sich ökonomisch und politisch zurecht machen, damit sie als ordentliche Mitglieder in die EU aufgenommen werden können. Gemessen an diesem Maßstab werden sie immer wieder Thema, weil sie den Ansprüchen nicht sehr gut gerecht werden.

— *Es liegt gerade an der erfolgreichen Zurichtung, dass man sie praktisch in die Pflicht genommen hat in ihrer Abhängigkeit. Wo die Ökonomie in diesen Staaten nicht mehr selbständig funktionieren konnte, unterwirft man sie der EU mit all ihren Richtlinien, zwingt sie zur Marktöffnung und macht so alles kaputt, was dort eine geordnete Staatlichkeit für Europa darstellen soll. Das ist der Widerspruch, dass die erfolgreiche Indiennahme für die EU, indem sie sich allem unterwerfen, was die EU vorschreibt, für diese Staaten ein einziges Zerstörungswerk ist.*

*

Wie stellt sich die EU die Heranführung vor (siehe Punkt II, S.111)?

In dem Zitat von Wikipedia (S.111) ist knapp, aber treffend klargestellt, was mit der verlockenden Perspektive so einem Club wie der EU beizutreten, für ein Anspruch vorgegeben ist.

— *Die Ideologie des Zitats ist, dass vorausgesetzt wird, dass die Mitgliedschaft in der EU das einzig wünschenswerte Ziel für diese Staaten sein kann, so dass es nur darauf ankommt zu definieren, welche Fähigkeiten sie mitbringen müssen, um dabei zu sein. Die politische Bereitschaft, sich in der Marktwirtschaft der Konkurrenz mit Europa zu stellen – eine Konkurrenz, deren Ausgang nicht offen ist – diese Bereitschaft, sich den Bedingungen zu unterwerfen, taucht bei Wikipedia als Auflistung von Fähigkeiten, die die Staaten mitbringen müssen, wenn sie mit Teilhabe an der EU belohnt werden sollen, auf.*

— *In dem Zitat steht die Aufgabenstellung, die diesen Staaten zugewiesen wird, nämlich als unser Einflussgebiet politisch stabil zu sein. Stabil sind diese Staaten nach Meinung der führenden EU-Mächte, wenn sie so funktionieren wie sie, Rechtsstaatlichkeit und den Acquis communautaire übernehmen, sich dem Wettbewerb unterwerfen.*

— *Mit Stabilität ist nicht nur ein Zustand dieser Staaten gemeint, sondern stabil sollen sie für die Ansprüche Europas sein. Sie sollen mit ihren Verhältnissen fertig werden, damit Europa damit keine Schwierigkeiten hat. Stabilität ist keine Eigenschaft, sondern ein Anspruch!*

Die Ideologie dieses Zitats ist, dass alles, was der Sache nach die Unterordnung unter die politische Herrschaft der EU ist, – dass man sich von ihr vorgeben lässt, wie man zu regieren und zu wirtschaften hat – als *Erfolgsrezept* für diese Staaten, für ihr erfolgreiches Wirtschaften und erfolgreiches Regieren daherkommt, also als deren Chance, wie sie als Nation zu etwas kommen, verkauft wird. Der andere Punkt ist, dass das, was ihnen abverlangt wird, wie die Faust aufs Auge zu dem passt, wie sie beieinander sind.

— *In dem Wikipedia-Zitat wird so getan, als sei es eine technische Übernahme. Dabei hängt an den neuen Rechtsverhältnissen ein ganzer politischer Herrschaftsapparat, der ganz neue Konditionen setzt. Das Alte, das vorher eingerichtet war als das jeweils nationale Verhältnis von Pflicht und Gehorsam und wie dort ein Bruttosozialprodukt zustande gekommen ist, galt nichts mehr.*

Es wird von Seiten der EU so getan, als ginge es nur um die Methode, wie man politische Stabilität und eine starke Wirtschaft erreichen kann. Man weist diesen Staaten eine Perspektive, sagt ihnen, es kommt auf politische Stabilität und eine starke Wirtschaft an, was dem Inhalt nach der Anspruch an diese Staaten ist, nicht *sich* eine funktionierende Ökonomie besorgen oder ordentlich funktionierende Institutionen einzurichten, sondern sich den Notwendigkeiten und Vorgaben der EU unterzuordnen. Bevor sich die Neugründungen überlegen können, was sie sich an politischen Zwecken setzen wollen, werden sie darauf verpflichtet, dass das längst ausgemacht ist, welche Art von ökonomischer Betätigung sie anstreben dürfen,

welche Art von politischen Zwecksetzungen sie sich vornehmen können, bis hin zur Definition ihrer außenpolitischen Ausrichtung. Nur so könnt ihr zu etwas werden, ist der Anspruch, wenn ihr euch allem, was die EU von ihren Mitgliedstaaten verlangt, anbequemt. Das ist der Grund, dass die Staaten alles, was es bei ihnen gegeben hat, – sofern es nicht durch den Krieg zerstört worden ist – sein lassen müssen, dass sie aufhören müssen, überkommene Industriebetriebe zu pöppeln und als Devisenbringer zu nutzen und dass sie aufhören müssen, ihr Volk irgendwie zu versorgen oder viele Staatsbedienstete zu haben.

*

Wie das politisch und ökonomisch aussieht, ist Gegenstand von Punkt II und III und in der Überschrift ist behauptet, es ist „Ausgangspunkt und dauerhaftes Ergebnis“ (S.111) für diese Staaten, dass ihre industrielle Basis weg ist, sie also im ökonomischen Sinn failed states sind. Mit Ausgangspunkt ist hier zunächst das Resultat der kriegerischen Zerstörung, aber auch das Resultat der Jahrzehnte der Heranführung an die EU gemeint. Was kommt an zerstörerischen Wirkungen zum Kriegsergebnis noch hinzu bei diesen Ökonomien, wenn die einem Acquis der EU unterworfen werden?

— *Was sie aus ihrer sozialistischen Zeit übrig hatten an Zusammenarbeit der Industrie, bricht unter der Privatisierung und durch die neuen Grenzziehungen auseinander und es findet eine Abrechnung ganz anderer Art statt.*

Privatisierung klingt so formell – es ist nicht mehr Staatswirtschaft, sondern ein Privatunternehmen – für diese Betriebe ist es aber ein existenzgefährdender Wettbewerbsdruck. Sie müssen (siehe Zitat S.111) dem Wettbewerbsdruck, so wie er in der EU herrscht, standhalten, wofür sie nie aufgezogen worden sind. Wenn man mit Weltmarktführern konkurrieren soll und aus diesem arbeitsteiligen Zusammenhang herkommt, dann ist es der Regelfall, dass so ein Betrieb keine Gewinne erwirtschaftet und abgewickelt wird. So kommen die 59% Arbeitslosigkeit zustande, die am Schluss zusammengezählt werden. Das Konkurrieren ist nichts, was der Abwägung dieser Länder überlassen wird. Es wird ihnen erstens als Vorgabe für Beitrittsreife abverlangt und zweitens mit allem Nachdruck als Bedingung dafür, dass sie überhaupt eine IWF-Finanzierung bekommen. EU und IWF sehen sich „gezwungen, ganz eigenhändig den ‚Wettbewerbsdruck‘ auszuüben“ als die übergeordneten Instanzen, die mit Kredit über die Aufrechterhaltung überhaupt einer Ökonomie dort entscheiden. Von wegen „weggebrochener industrieller Basis“: das ist eine mit Krieg und Kredithebeln und sonstiger EU-Aufsicht diesen Staaten aufgeherrschte Zerstörung ihrer industriellen Basis.

— *Der Sache nach ist es eine systemische und systematische Entwertung und Zerstörung der bisherigen Produktionsweise dort von all dem, was sie an Gebrauchswerten und Werten hergestellt hat. Das alles wird über den Privatisierungszwang tatsächlich zerlegt. Dargestellt wird es aber immer so, dass man daran sehen kann, dass diese Ökonomien nicht überlebensfähig waren. Die Zerstörung wird wie ein Naturprozess („bricht weg“) besprochen. Eine Zerstörung, die die materiellen und menschlichen Ressourcen EU-kompatibel macht.*

— *Dazu kommt der Umstand, dass da überhaupt nicht viel kompatibel gemacht wird, wo dann Kapital investieren würde oder wo die EU Kredite dafür hergibt, um etwas Neues ökonomisch aufzubauen. Außer billiger Arbeitskraft gibt es nichts auf dem Westbalkan und die ist woanders mit besseren Voraussetzungen auch zu haben. Der Kredit, der gegeben wird, ist nur noch dafür da, dass die Staaten in irgendeiner Weise zahlungsfähig bleiben. Damit ist der Kredit ein Erpressungshebel.*

Die Finanzkrise soll in diesen Ländern nicht gleich einen Staatsbankrott zum Resultat haben, sie sollen als ökonomische Subjekte existenzfähig gehalten werden. Was aber der Sache nach mit der Unterwerfung unter die Rentabilitätskriterien vollzogen wird, ist ein großer Deindustrialisierungsprozess. Deren Industrie wird nicht konkurrenzfähig, sondern platt gemacht. Was dann nach EU-Maßstäben an Konkurrenzfähigem übrigbleibt, kennzeichnet der Artikel mit Schrotthandel. Es ist festzustellen, dass die EU rigide an ihren Maßstäben festhält. Das ist ignorant gegenüber den desaströsen Folgen. Wie legt die EU das aus?

— *Es wird in eine Schuldfrage verwandelt: Sie würden Reformen verschleppen, seien nicht innovativ genug, würden ihre Gesetze nicht konsequent anwenden, es gebe Korruption ...*

Und das ist nicht nur eine ideologische Deutung, sondern Leitfaden für ein weiteres Stück praktischer Unterordnung. Denn wie heißen dann die Reformen?

— *Staatsbedienstete werden entlassen, Subventionen gestrichen und alles, was irgendwie für ausländische Investoren interessant ist wie Telefon, Strom usw., soll privatisiert und für kapitalistisches Geschäft tauglich gemacht werden. So wie in Griechenland auch.*

Es gilt rigoros, dass nur bezahlt wird, was sich lohnt, und der Staat sich auf die Haushaltsmittel beschränken muss, die er hat. Er kann sich seinen früheren Staatsapparat nicht mehr leisten und muss ihn auf das Niveau, auf das seine Ökonomie zusammengeschrumpft ist, herunterbringen; das betrifft neben seinen sozialstaatlichen Leistungen auch Ausgaben für die Ankurbelung privater Geschäfte. Die Abhängigkeit vom Geschäft bekommt als das über die Lebensverhältnisse Entscheidende seine Geltung.

Mit der Forderung, diese Staaten sollen zukünftig gemäß den Regeln der EU wirtschaften, wird alles, was es bislang an ökonomischer Aktivität gegeben hat, systematisch ruiniert. Das heißt nicht nur, dass, was es an Reproduktion der Leute gegeben hat, nicht mehr stattfindet, sondern damit ist auch die ökonomische Grundlage des Staates ruiniert. Das macht nach der Staatsseite hin den aufgeherrschten Reformbedarf aus, dass der sich angesichts seiner weggebrochenen ökonomischen Basis als Staat nicht mehr das leisten kann, was er sich bisher geleistet hat oder leisten will. Dies ist eine Ruinierung des Lebensunterhalts der Leute,

wenn die dortigen Staatsgewalten angehalten werden, alles das, was sie sich in Hinblick auf den Lebensunterhalt der Mannschaft leisten - sei dies in Form der Beschäftigung der Leute, sei dies in Form von Sozialprogrammen -, zu streichen. Das Druckmittel dafür ist, dass das, was es an Kreditierung aus der EU gibt, ansonsten nicht stattfindet. Diese Erpressungsmacht nutzt die EU aus.

— *Die Durchsetzung geschieht nicht in Form eines Dekrets, dass sie Staatsbedienstete rausschmeißen müssen, sondern es wird auf die geschrumpfte Ökonomie verwiesen und dann festgestellt, dass sich der Staat an diese Situation anpassen müsse. Das Zusammenstreichen des Staatshaushaltes wird wie ein Sachzwang vorstellig gemacht.*

Dass EU und IWF als Anwälte der Vernunft denen gegenüber auftreten, ist die eine Seite, es gibt aber auch die harte erpresserische Seite, dass diese Maßnahmen Bedingungen für Fortschritte im Beitrittsprozess sind. Dass die ökonomische Fortexistenz der dortigen Staatsgewalten daran hängt, dass sie vom Ausland kreditiert werden und dies geknüpft ist an Sparmaßnahmen und Streichprogramme, wird denen offen gesagt und man braucht dies nicht noch nachzuweisen.

Ratschläge, wie sie ihren Haushalt aufbessern können, erhalten sie dann auch: Sie sollen z. B. ihre Schattenwirtschaft besteuern. Dass die aber so beieinander ist, dass sie, wenn sie besteuert wird, auch noch ihre Schattenexistenz verliert, macht es den dort Regierenden unmöglich, diesem Rat nachzukommen. Im Resultat sind sie im ökonomischen Sinn failed states, weil sie im kapitalistischen Sinn nichts abwerfen und also auch die Ökonomie den Staat nicht finanziert. Praktisch heißt dies für die Leute die Alternative, entweder auszuwandern und ihr Glück anderswo zu versuchen oder mit kriminellen oder halbkriminellen Geschäften oder in einer Subsistenzwirtschaft weiter zu existieren.

Dass diese Staaten auf diesen Status festgeschrieben werden, im Vergleich zu den EU-Staaten nicht konkurrenzfähig zu sein, dass der Staat keine ökonomische Basis in dem Land hat und auch keine herbeiregieren kann, das nimmt nichts weg von dem Anspruch, dass sie als Peripherie vorgesehen sind und dies, auch wenn es nicht geht, trotzdem hinbekommen sollen. Dieser Anspruch wird geltend gemacht, ohne je auf die Idee zu kommen, die EU könnte ihnen dabei irgendwie helfen. Dass das ihre Leistung zu sein hat, ist die andere Seite des Maßstabs: Obwohl sie es nicht hinbekommen, müssen sie es trotzdem hinbekommen. An dem Widerspruch müssen sie sich abarbeiten.

— *Wenn es vom BAMF heißt, dass diese Staaten ordentliche Unterstützung durch die Diaspora erhalten, durch die 500 000, die im Ausland sind, hat dies zwei Seiten. Einerseits ist es ein Zeichen der Missbilligung der Zustände dort, dass die Verhältnisse in ihren Heimatländern so sind, dass sie zu uns kommen, und zweitens ist es ein Vorwurf derart, dass diese Überweisungen aus dem Ausland die dortigen trostlosen Staatshaushalte in gewisser Weise übertünchen.*

Man sollte dies eher als Bestandsaufnahme der Lage nehmen und es ist ja auch objektiv so, dass die Überweisungen der z. B. 500 000 im Ausland lebenden Montenegriner eine erhebliche Summe in der Zahlungsbilanz darstellen. In diesem Zitat (S. 115) wird der Widerspruch breitgetreten: Montenegro kann bedingt durch die schwierige wirtschaftliche Lage die soziale Sicherheit schwer finanzieren. Da wird nach der einen Seite konstatiert, dass dem Staat sämtliche Mittel für die elementare Absicherung seiner Bevölkerung abgehen und auf der anderen Seite wird die notwendige Konsequenz daraus geschildert, dass deswegen weite Teile des Volkes verarmen und sich nur darüber über Wasser halten können, dass sie ins Ausland gehen und Geld in die Heimat schicken. Und es wird durchaus positiv gewürdigt in dem Sinn, dass das das wirtschaftliche Überleben dieses Landes sichert.

*

Das politische Ergebnis dieses Krieges sind völkische Gruppierungen, die als Hebel zur Zerstörung Jugoslawiens von Deutschland und der EU ins Recht gesetzt sind und die jetzt Kleinstaaten bevölkern mit entsprechender Feindschaft gegeneinander. Diese bekommen neue Vorgaben: Heranführung an die EU bedeutet jetzt, es müssen Fortschritte in Sachen Aussöhnung und regionale Zusammenarbeit her. Ein absurdes Verlangen, wenn erst der Nato-Krieg die Staaten zerlegt, dann die EU sich zum Definitionssubjekt macht, was heißt, dass die nicht saturierten Staatsinteressen die von ihr festgelegten Grenzen akzeptieren müssen. So müssen sie einerseits zwischenstaatlich, aber andererseits auch im Inneren der neuen Staaten vor den bisherigen Feinden Respekt entwickeln, so ist z. B. denen, die man gerade vertrieben hat, ein Rückkehrrecht einzuräumen.

— *Das ist einerseits absurd, aber diese Verrücktheit lässt einen Schluss zu darauf, wie von der EU aus die aufeinander gehetzten völkischen Interessen von vornherein gesehen worden sind. Spätestens hier merkt man, dass es nie das Anliegen der EU war, den einzelnen Nationalitäten zu ihrem Recht zu verhelfen, sondern dass deren Gegensätze das Mittel waren, um den Tito-Staat zu zerlegen. Und jetzt wird gesagt, dass sie sich mit denen, die sie als Todfeinde betrachten, versöhnen sollen. Das lässt den Schluss zu, dass der Bezug der EU zu den einzelnen Nationalismen und der Souveränität, die von den dortigen Völkern immer angestrebt worden ist, ein berechnender war, der jetzt dem EU-Diktat eines Zusammenlebens auf einem bestimmten Territorium unterworfen wird. Es kommt jetzt auf (von der EU aus gesehen) stabile Souveräne an und da ist deren Nationalismus hinderlich.*

Erst war dieser Nationalismus funktional für die Zerlegung Jugoslawiens, jetzt bekommt er eine neue Funktionszuweisung: aus den völkisch sortierten Mannschaften soll ein Staatsvolk werden. Das gilt für alle diese Staaten bis hin zu der besonders absurden Konstruktion der Herzegowina, wo der einzige Grund für eine Staatsbildung der Beschluss der EU ist. Da hat jede der drei Entitäten, die in zwei Republiken sortiert

sind, die gleichen Rechte. Das geht nicht ohne eine äußere Aufsicht, die ihnen ihren Zusammenhalt immerzu aufnötigt. Es gibt also einerseits einen Nationalismus, der von der EU befördert worden ist, andererseits Verhältnisse, die dem, was mit dem jeweiligen Nationalismus verbunden ist, diametral entgegenstehen.

Eine andere Skurrilität bei der Aufsicht durch die EU ist deren Forderung, dass ehemalige Kriegsverbrecher ausgeliefert werden müssen, dass also im Nachhinein vom EU-Standpunkt aus sortiert wird, welche der gewaltsamen Aktionen bei der Loslösung vom Gesamtstaat Jugoslawien in Ordnung gegangen sind und welche sich den Vorwurf des Kriegsverbrechens gefallen lassen müssen.

— *Von Anfang an hatte die EU den Anspruch: eine Peripherie für Europa gegen Russland etc. – da ging es ja nie um irgendwelche Vorteile für die dortigen Völker, sondern um dies instrumentelle Verhältnis: am Anfang die Nationen befeuern, um Jugoslawien niederzumachen, dann eine Staatsgründung, die funktional für die EU ist und da fiel vorher nur das Stichwort ‚Stabilität‘. Ist das ausreichend als Erklärung?*

Es wurde bisher nur ein Beitrag zur geforderten Stabilität besprochen, nämlich ein im Sinne der EU funktionaler völkischer Standpunkt, dem lauter Relativierungen an den Maßgaben der EU abverlangt werden. Es geht also um die Relativierung, dass ihr durchaus anerkanntes völkisches Recht nicht das oberste Recht ist, sondern sich dienstbar machen muss für die Bildung neuer Staatsvölker, für grenzübergreifende Kooperation, alles im Interesse der Stabilität dieser Staatswesen, damit sie sich als Hinterhof der EU nicht unangenehm bemerkbar machen.

Im Interesse der Stabilität wird ihnen einerseits Aussöhnung befohlen, andererseits herrscht die EU ihnen immer neue Zumutungen bezüglich ihres Nationalismus auf – es wird also Stabilität gefordert und gleichzeitig dafür gesorgt, dass keine Ruhe einkehrt. Für diesen Widerspruch stehen die verschiedenen Beispiele – u.a. dass die im Krieg Vertriebenen nicht nur wieder aufgenommen werden, sondern dass auch deren Eigentumsrechte geregelt werden müssen.

Es macht den allgemeinen Charakter des ‚Heranführungsprozesses‘ aus, dass die Vorstellung der EU ist: So wie unsere Vorbildnationen Frankreich, Deutschland etc. funktionieren, so haben die auch zu funktionieren – es ist das Erfolgsrezept der EU, diese Staaten dem anzugleichen.

Hierzulande ist ja Nationalismus die Art und Weise, wie ‚oben‘ und ‚unten‘ ihren Zusammenschluss finden, der Untertan sich mit seiner Herrschaft gut bedient sieht. Das sollen die auch lernen und dafür ist so etwas wie ein Kriegsverbrecherprozess ein Erziehungsprogramm, denn dieser Nationalismus soll einer sein, der sich an der EU orientiert, sich also in dem Sinn relativiert, dass der EU-Wertehimmel der anerkannte Maßstab ist für gutes Regieren ist.

*

Ähnliches gilt auch für die Wahlen (S.121): diese sollen etwas leisten, was hierzulande überhaupt die Grundlage des Wählens ist, nämlich Stabilität im Sinne des gut geölten demokratischen Procedere, was unterstellt, dass die Staatsräson von allen anerkannt ist. Positiv ausgedrückt, sind die Wahlen eine Ermächtigung von Separatinteressen, insofern ein Machtkampf darum, wessen Mittel der Staat ist – und nicht wie hier: die Staatsaufgaben stehen fest und man wählt die, die sie exekutieren.

— *Was andersrum heißt, dass es darum geht, die anderen Nationalitäten von den Staatsprüfenden auszuschließen, das ist der Zweck der angestrebten Ermächtigung. Also von wegen geregeltes Verhältnis von Regierung und Opposition.*

Eine andere Sache ist, ob Gegner oder Befürworter der Nato eine Wahl gewinnen – da ist nicht die Zugehörigkeit zum Westen die von allen akzeptierte Voraussetzung des Wählens. Z.B. Montenegro: Weil der EU klar war, dass die Mehrheit der Bevölkerung nicht für einen Nato-Beitritt war, hat sie dafür gesorgt, dass diejenigen, die in die Nato wollen und deswegen kein Referendum abhalten, die Wahl gewinnen. Auch dass zwischen Opposition und Regierung Frieden herrscht, wenn die Wahl entschieden ist, ist dort nicht die Regel, denn es geht ja um mehr als vier Jahre lang die Oppositionsbank zu drücken. Also boykottiert eine Opposition das parlamentarische Geschäft überhaupt oder ein Staatspräsident respektiert das Wahlergebnis nicht...

— *Angesichts der Zumutungen der EU gibt es ja auch immer den Kampf der Linien, inwieweit man sich durch weitere Unterwerfung unter die EU einen Vorteil verschafft oder ob man sich nach Alternativen umschaute - Stichwort China und Russland.*

Das ist die Verlängerung, die am Ende des Artikels angesprochen wird, hier geht es darum, dass die grundsätzliche Ausrichtung der dortigen Nationen einerseits gar nicht durch Wahlen (im üblichen demokratischen Sinn) zu entscheiden sind, dass dies andererseits auch gar nicht den Wahlen überlassen wird. Es ist der Auftrag der EU, dass die Wahlen das leisten sollen, aber nicht das automatische Resultat, weshalb eben Eingriffe angesagt sind.

— *Du vergleichst das jetzt sehr mit den positiven Leistungen, die Wahlen hierzulande haben, die stattfinden auf der Grundlage eines erfolgreichen nationalen Kapitalismus, der etabliert ist. Wenn man aber über diese Staaten das Urteil hat, dass sie failed states sind, dort dann Wahlen angesetzt werden und es gibt kein Allgemeininteresse in den einzelnen nationalen Verbänden, auf die sich die politische Konkurrenz bezieht, dann können die Wahlen das auch gar nicht befriedigen. Ich verweise auf die failed states, wo Wahlen ein Riesengetöse sind, die Kontrolle und andere Eingriffe notwendig machen und die Gegensätze oft noch verschärfen. Wahlen bewirken dort eben etwas ganz anderes.*

Es wurde gesagt, dass Wahlen dort die Ermächtigung von Separatinteressen sind, hier sind die Wahlen Personalbesetzungsalternativen, also sachlich etwas ganz anderes. Es gibt den Idealismus der EU-Staaten, dass das demokratische Procedere und Rechtsstaatlichkeit nicht die Verlaufsform der Herrschaft sind, sondern die Herrschaftsgrundlagen *produzieren*. Ihr Eingreifen ist dann so etwas wie das Dementi dieses Idealismus, denn sie verlassen sich ja nicht darauf, dass Wahlen das produzieren, was sie haben wollen – dass Wahlen bloß frei sein müssen und dann seien sie auch schon funktional.

Und Wahlen bewirken nicht nur negativ etwas – die Parteien streiten sich verschärft weiter –, sondern bewirkt wird auch, dass sie als Machtmittel für bestimmte Fraktionen oder Personen fungieren, die auf die Weise versuchen, sich Zugang zu staatlichen Quellen und Posten zu verschaffen – mit den bekannten Folgen: Stichwort Korruption.

*

Bezüglich der Rechtsstaatlichkeit und ihrem Export in die Balkanstaaten vertritt die EU die Vorstellung, Rechtsstaatlichkeit sei so etwas wie ein Hebel für erfolgreiche Geschäfte, was aber *nicht* heißt, dass es nicht mehr um die Herstellung von ökonomischer Tauglichkeit der Kandidaten ginge (S.125 o.) Das Argument ist hier, dass diese Staaten nicht nur ökonomisch untauglich sind und von daher die Herrschaft auch keine ökonomische Basis hat, sondern dass auf *dieser* Grundlage die Herrschaft *selber* eine Angelegenheit ist, die in jeder Hinsicht nicht geordnet stattfindet und dass das für die EU zum Problem wird und in diesem Verhältnis die ökonomische Tauglichkeit der Nationen zurücktritt, weil die EU eben mit einem Staatswesen konfrontiert ist, wo der Zustand der Staatsgewalt selber zum eigentlichen Problem wird, bevor diese überhaupt zu etwas kommt in Sachen ökonomischer Zurichtung oder dem Vorantreiben von Wirtschaftswachstum. Was zu so widersprüchlichen Aktionen führt, dass unabhängige Juristen und Polizisten dorthin geschickt werden, die die Staatsgewalt korrekt ausüben, andererseits wird der Anspruch unter dem Motto ‚Heranführung an die EU‘ gar nicht aufgegeben, dass diese Staaten das selber als souveräne Staaten leisten sollen.

Der Sache nach sollen die jeweiligen Regierenden die Leistung erbringen, *sich selbst entmachten*, also aus der Hand geben, dass der Staat ihr Mittel ist. ‚Unabhängige Justiz‘ bedeutet ja, sich deren Korruptionsanklagen selber auszusetzen und sich von einer Zivilgesellschaft kontrollieren zu lassen, die darauf achtet, dass kein privates Interesse beim Regieren zum Zug kommt. Die Forderung, ihre Souveränität EU-Vorgaben zu unterstellen, trifft deshalb natürlich auf keine sonderliche Gegenliebe. Die Bilanz der EU ist, dass diese Staaten „die verlangten fundamentalen Leistungen schuldig bleiben“ (s. 126 ff.)

Hinzu kommt, dass die EU aufgrund der Finanzkrise das, was sie selber als ‚Erweiterungsmüdigkeit‘ tituliert – also es leid sind, sie weiter zu unterstützen – und die Balkan-Staaten nicht mehr als sonderlichen Zugewinn betrachtet, allerdings an der eigenen exklusiven Zuständigkeit für diese Staaten nicht rütteln lassen will. Diese Lage ist ein gewisses Einfallstor für andere interessierte Mächte, 1. insofern als die Westbalkanstaaten zunehmend weniger eine für sie passende Zukunft in den Beitrittsverhandlungen geboten bekommen und 2. einen großen Bedarf an geldwerten auswärtigen Interessen an sich haben bzw. nach Alternativen zu einem schnellen Beitritt suchen.

*

Bemerkenswert ist (Pkt. IV), dass die EU daran festhält, dass diese Staaten ihr Einflussgebiet sind, das zur Stärkung ihrer imperialistischen Position in der Welt beitragen soll. Gleichzeitig wird diesen Staaten aufgrund der Unzufriedenheit über ihren Zustand keine Beitrittsperspektive geboten. Das macht für sie deren ungute Lage aus: sie werden für etwas in die Pflicht genommen, worin sie selber keine Perspektive haben. Sie sind nicht das Subjekt dessen, dass es andere konkurrierende Mächte gibt, die *von ihren Interessen her* ihnen Alternativen bieten, also durchaus Anknüpfungspunkte für deren Nutzbarmachung finden.

Die EU-Staaten bemerken darin den imperialistischen Angriff auf ihre Einflussosphäre und die USA und sie greifen ein, um diesen Einfluss zurückzudrängen: Man muss Russland von der Adria fernhalten, deswegen müssen in Montenegro die Richtigen die Wahlen gewinnen. Anderes Beispiel: Mazedonien soll sich nicht als Staat, der russische Ölleitungen geliefert bekommt, für seine Zukunft etwas ausrechnen, weshalb es einen regime change braucht, der das Land wieder zuverlässig auf EU-Linie bringt.

Chinas Seidenstraßenprojekt ist mit Infrastrukturmaßnahmen verbunden, an denen manche Länder (Serbien z.B.) großes Interesse haben; dieser staatliche Bedarf ist von der EU nicht zu haben, die Finanzmittel auf dem Kapitalmarkt auch nicht und China kreditiert sie. Das wird von der EU sofort diagnostiziert als: damit werden Abhängigkeiten geschaffen und das untergräbt die Loyalität dieser Staaten gegenüber der EU. Über den „Berlin-Prozess“ sollen sie – bei möglichst geringen Kosten – bei der Stange gehalten werden.

Die EU betrachtet also nach wie vor diese Länder als ihren Besitzstand und hat nach wie vor den Anspruch auf Stabilität dort, damit sie als diese Peripherie tauglich sind. Die Momente von deren Unfähigkeit, dem nachzukommen, werden als Sicherheitsproblem ins Auge gefasst, aber nicht als eine irgendwie geartete Entschuldigung für mangelnde Stabilität. Auf der Tagesordnung der EU steht also die Durchsetzung ihrer Zuständigkeit für diesen Besitzstand.

*

In Pkt. V. geht es drum, dass sich die EU-Führungsmächte dazu herausgefordert sehen, dass sie auf die Beitrittsperspektive als den Haupt-Erpressungshebel zurückkommen: Die Mitgliedschaft des West-Balkan

ist eine „geostrategische Investition“, die als „historische Chance“ für diese Länder vorstellig gemacht wird (s. Zitat S. 133). Mit dieser Gleichung setzen sie einige Botschaften in die Welt: Mächten wie Russland, China und Türkei wird so mitgeteilt, dass ihre „Übergriffigkeit“ (von der EU-Warte aus) nicht erfolgreich sein wird und den Staaten dort, dass sie ihre „Schaukelpolitik“ bleiben lassen sollen – Waffengeschäfte mit Russland und gleichzeitig ein Beitrittsprozess geht nicht! Wenn die Staaten meinen, das wieder etwas stärkere Interesse der EU am West-Balkan sei etwas, das sie ausnutzen könnten, wird ihnen mitgeteilt, dass die historische Chance, die sie gefälligst ergreifen sollen, nicht heißt, dass sie Zugeständnisse an ihre Interessen erwarten können. Das wird ihnen in der Weise bekundet, dass in Zukunft der Grundsatz gilt: „Rechtsstaatlichkeit first!“ Dabei verlässt sich die EU auf die Alternativlosigkeit zur Beitrittsperspektive für diese Staaten.

— *Das ist eine ziemlich unverschämte Perspektive, die die EU da anbietet, nämlich weitere 7 Jahre zu warten und Punkt für Punkt wieder EU-Auflagen abzuarbeiten, und gleichzeitig wird darauf bestanden, die Chinesen rauszuschmeißen, die Geld investieren wollen. Es ist also nicht ausgemacht, dass man da automatisch von einem Besitzstand ausgehen kann.*

Es ist eine handfeste *Drohung*, dass man Alternativen, die sich in Form anderer Länder anbieten, nicht zulässt. Es wird darauf beharrt, dass die Balkanstaaten (nichts als) Erweiterungskandidaten sind und dass man sie nicht aus diesem Programm entlässt. Das, was die EU als ihre „geostrategische Investition“ bezeichnet, setzt sie gleich mit einer Pflicht zu geostrategischer Linientreue der Kandidaten.

P.S. (Aktuell aus der SZ vom 18.05.2018) Bei dem Gipfeltreffen in Sofia merkt der österreichische Kanzler zwar an: „Wenn es keine europäische Perspektive auf dem Balkan gibt, wird hier der türkische Einfluss immer stärker.“, weswegen es für diese Länder unbedingt diese Perspektive braucht: „Ich sehe keine andere Zukunft für den westlichen Balkan als in der EU“ (D.Tusk) – was natürlich nicht heißt, dass man ihnen irgendwie entgegenkommt und deshalb „müssen die westlichen Balkanstaaten warten“.

Das Thema des nächsten Jour fixe (4.6.) wird auf der Web-site angezeigt.